



Protokoll

Jugendhilfeausschuss | Sitzung
12. November 2020, 16:30 Uhr bis 18.35 Uhr
öffentlich
Rathaus am Markplatz, Bürgersaal
Vorsitzender: Bürgermeister Martin Lenz
Protokollführerin: Carmen Edler

Teilnehmende siehe Anwesenheitsliste

Anwesende Mitglieder: 28
Abwesende Mitglieder: 9

Vor Einstieg in die Tagesordnung verpflichtet **der Vorsitzende** Herrn Koch (Gesamtelternbeirat Karlsruher Kindertagesstätten), Frau Hornat (Kinderschutzbund), Herrn Sester (Katholische Gesamtkirchengemeinde Karlsruhe) und Frau Toussaint (Beirat für Menschen mit Behinderung).

Im Anschluss stellt **der Vorsitzende** Herrn Christian Fulda als neue Leitung „Planung“ bei der SJB vor.

Öffentlicher Teil:

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden im Bürgersaal und gibt bekannt, dass der TOP 8 „Aufnahme eines neuen Kita-Projektes in die Bedarfsplanung“ wegen noch nicht klar zu erkennender finanzieller Auswirkungen abgesetzt werden müsse. Es sei jedoch möglich, im nächsten Jahr die Aufnahme bei Bedarf auch rückwirkend zum 1. Januar 2021 zu beschließen.

TOP 1 Änderung der Richtlinie der Stadt Karlsruhe für die Förderung von Kindertagesstätten und Kinderkrippen: Förderung verbindliche pädagogische Leitungszeit

- Vorlage und mündlicher Bericht -

Frau König (SJB) begrüßt die Anwesenden und fasst den Inhalt der Vorlage kurz zusammen. Besonderes Augenmerk liege auf dem 2020 verabschiedeten Gute-Kita-Gesetz mit den drei Kernbereichen pädagogischer Leitungsaufgaben, nämlich Konzeptions-, Team- sowie Interaktionsentwicklung. Bis 2021 solle die Leitungszeit in allen Kindertageseinrichtungen umgesetzt sein.

Auf die Nachfrage von **Frau Stadträtin Fahringer (GRÜNE)** zur Finanzierung, der sich die Herren **Stadträte Kalmbach (FW/FÜR) und Schnell (AfD)** anschließen, teilt Frau König (SJB) mit, dass diese vorerst über den neuen § 29 e Finanzausgleichsgesetz (FAG) gewährt

sei. Die Auszahlung erfolge über Abschlagszahlungen und werde dann über die exakte Kostenrechnung abgerechnet.

Auf die Frage von **Frau Stadträtin Fahringer (GRÜNE)**, weshalb die Erträge nicht auf Seite 1 der Vorlage enthalten seien, antwortet **Frau Langeneckert (Dir. SJB)**, dass diese bereits im Haushalt enthalten seien. Durch Weitergabe der Erträge an die Träger ergäbe sich eine Nullsumme, daher seien lediglich die Ausgaben in der Vorlage ersichtlich.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Gemeinderat einstimmig, die neu gefasste „Richtlinie der Stadt Karlsruhe für die Förderung von Kindertagesstätten und Kinderkrippen“ gemäß der beigefügten Anlage zu beschließen und die finanziellen Auswirkungen ab dem Haushaltsjahr 2021 zur Kenntnis zu nehmen.

TOP 2 Anpassung der Elternbeiträge für städtische Schülerhorte

- Vorlage und mündlicher Bericht -

Frau Dasting (SJB) teilt mit, dass sich in der Anlage zum TOP 2 ein Fehlerteufel eingeschlichen habe und verweist auf das aufgelegte Austauschblatt.

Herr Stadtrat Bauer (GRÜNE) hebt hervor, dass es ein großes Betreuungsangebot in Karlsruhe gebe, welches in hohem Umfang städtisch bezuschusst werde. Die Strategie müsse auf den Ausbau der Ganztagesbetreuung zielen. Das Angebot an Kinderbetreuung in Karlsruhe wachse zunehmend. 2019 erfolgte zwar noch eine mehrheitliche Ablehnung der Erhöhung der Hortbeiträge, jedoch müsse man nun auch die Mehrbelastungen der Stadt Karlsruhe durch die Pandemie sehen. Aus diesem Grund werde seine Fraktion bei dieser Entscheidung mitgehen.

Herr Stadtrat Schnell (AfD) teilt mit, dass seine Fraktion nicht zustimmen werde.

Herr Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.) erklärt, es wäre bekannt, dass sie nicht bereit seien, die Elternbeiträge zu erhöhen.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Gemeinderat mehrheitlich bei 3 Nein-Stimmen sowie keiner Enthaltung, die Erhöhung der Betreuungsbeiträge der städtischen Schülerhorte für Erst- und Zweitkinder gemäß der Anlage zum 1. Januar 2021 und zum 1. Januar 2022 zu beschließen.

TOP 3 Karlsruhe wird Teil des Projektes „Kinderfreundliche Kommunen“

- Vorlage und mündlicher Bericht -

Herr Nees (SJB) betont, dass Karlsruhe bereits eine kinderfreundliche Kommune sei. Unabhängig davon befürworte er grundsätzlich einen externen Blick und den Austausch mit anderen Kommunen. Deshalb wurde in der ersten Stellungnahme für den Gemeinderat die Teilnahme an dem Projekt befürwortet. Die Vorlage sieht nun die Ablehnung vor, weil derzeit kein zusätzliches Personal zur Verfügung stehe, ohne welches eine sorgfältige Bearbeitung nicht gewährleistet werden könne.

Herr Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.) fordert, im Gemeinderat über den ursprünglichen Antrag der LINKEN. abzustimmen und nicht über die Verwaltungsvorlage.

Frau Stadträtin Fahringer (GRÜNE) findet den Antrag der LINKEN. unterstützenswert. Sie ist froh, in Karlsruhe eine kinderfreundliche Kommune zu haben, trotzdem wäre auch ihrer Meinung nach ein externer Blick gut. Sie sehe auch einen Marketingmehrwert, wenn Karlsruhe Teil des Projektes „Kinderfreundliche Kommunen“ wäre. Weiter führt sie aus, dass Stuttgart ohne eine zusätzliche Stelle an dem Projekt teilnehme. Es würde sie interessieren, wie Mannheim diese Aufgabe gelöst habe.

Herr Stadtrat Kalmbach (FW/FÜR) erklärt, es gäbe ständig Vorschläge bei irgendwelchen Projekten beizutreten. Da Karlsruhe schon eine kinderfreundliche Stadt sei, sei die Ablehnung in Ordnung.

Herr Stadtrat Schnell (AfD) sieht keinen Mehrwert für das Stadtmarketing. Karlsruhe sei kinderfreundlich, deshalb befürworte er die Ablehnung.

Herr Stadtrat Müller (CDU) sieht keinen Spielraum für eine 0,5 Stellenschaffung. Karlsruhe sei sehr gut aufgestellt. Gerade vor dem jetzigen Haushalt lehne er eine zusätzliche Stelle für das Projekt ab.

Frau Stadträtin Melchien (SPD) betont, dass nicht über die Kinderfreundlichkeit der Stadt Karlsruhe gestritten werde. Sie bittet daher Herrn Nees um Auskunft über den voraussichtlich notwendigen Stellenanteil. In ihren Augen sei das Attraktive an dem Antrag der Austausch mit anderen, und hier nicht nur mit anderen Kommunen, sondern besonders der Austausch mit Jugendlichen, wie es aus der ursprünglichen Vorlage hervorgehe.

Herr Stadtrat Høyem (FDP) ist der Meinung es sei realisierbar, wenn man es wolle.

Herr Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.) erklärt, dass die Vorteile des Siegels bekannt seien. Es sei jedoch kein Netzwerk, sondern ein Benchmark, wie Karlsruhe im Vergleich mit anderen Kommunen dasteht. Er halte es für eine sinnvolle Ergänzung des bestehenden Angebots. Er verstehe die Entscheidung der Verwaltung, es könne jedoch 2021 wieder eingestellt werden.

Herr Nees (SJB) schließt sich Herrn **Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.)** an, es gehe nicht um ein Netzwerk, sondern um die Beratung durch den Verein. Stuttgart hat dieses Jahr ein 32-seitiges Dokument erstellt. Durch die Teilnahme an dem Projekt wurde man dort auf Dinge aufmerksam, die vorher so nicht bekannt waren. Stuttgart und Mannheim haben die Analysephase ohne zusätzliches Personal absolviert, es war jedoch bereits jeweils eine Viertelstelle vorhanden. Erst in der Umsetzung werde neues Personal benötigt. Die Verwaltung könnte erst nach der Analysephase den tatsächlichen Personalbedarf ermessen, dieser würde voraussichtlich zwischen 0,5 und 1 Vollzeitstelle liegen.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss stellt mehrheitlich bei 5 Nein-Stimmen sowie 2 Enthaltungen fest, dass eine Teilnahme an dem inhaltlich durchaus wünschenswerten Projekt „Kinderfreundliche Kommunen“ derzeit nicht realisierbar ist.

TOP 4 Bedarfsgerechte Erhöhung der Plätze für die praxisintegrierte Erzieher*innenausbildung (PiA)

- Vorlage und mündlicher Bericht -

Herr Metz (SJB) zeigt auf, dass die GRÜNE Gemeinderatsfraktion im Februar 2020 einen Antrag zur „Bedarfsgerechten Erhöhung der Plätze für die praxisintegrierte Erzieher*innenausbildung entsprechend der benötigten Anzahl vorliegender Anträge“ sowie zur Vorlage eines „Berichts über die Entwicklung der PiA-Ausbildung in den Kindertagesstätten“ eingebracht habe. Die Stellungnahme der Verwaltung beinhaltete die Ablehnung des Antrages. Der Tagesordnungspunkt sei zwar am 26. Mai 2020 im Gemeinderat aufgerufen worden, jedoch zur Beratung in den Jugendhilfeausschuss verwiesen worden.

Frau Stadträtin Rastätter (GRÜNE) stellt fest, dass die Erhöhung für 2021 jetzt obsolet sei. Die Fraktion möchte jedoch daran festhalten, dass diese Ausbildung gefördert werde. Es gäbe eine große Nachfrage der Träger, und ihrer Meinung nach sei es eine wichtige Aus-bildung, die dem Fachkräftemangel vorbeuge. Dies zeige sich darin, dass Karlsruhe nicht so großen Fachkräftemangel wie andere Kommunen hat. Die starke Nachfrage ergäbe sich durch den Verzicht der Anrechnung auf den Stellenschlüssel. Sie möchte den Vorschlag einbringen, dass die 34 zusätzlichen Ausbildungsplätze, über die bestehenden 150 Plätze hinaus, als Pilotprojekt mit einer 20-prozentigen Anrechnung auf den Stellenschlüssel aufgenommen werden.

Herr Stadtrat Müller (CDU) fragt, wie ein Fahrplan mit einer 20-Prozent-Anrechnung aussehen solle. Den hohen Bedarf sehe er ebenfalls. Es sei unabdingbar, die Zahl der Fachkräfte an den Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen anzupassen. Man müsse den Vorschlag genauer ausrechnen und dann nochmals in den Ausschuss aufnehmen. Er würde bei diesem Vorschlag mitgehen.

Frau Stadträtin Melchien (SPD) gibt zu bedenken, wie man eine Gerechtigkeit erzielen solle, wenn die bisherigen 150 Plätze ohne Anrechnung vergeben wurden und nun bei den neuen PiA-Plätzen eine zwanzigprozentige Anrechnung erfolgen solle. Möglicherweise gäbe es dann einen neuen Träger, der sich komplett an der Finanzierung beteiligen müsse im Gegensatz zu bestehenden, die voll bezuschusst werden. Es bestehe ein hoher Bedarf an neuen ausgebildeten Fachkräften, so dass nicht alle Anträge von Trägern bewilligt werden könnten. Die starre Zahl von 150 Plätzen sei ungünstig. Sie erbittet von der Verwaltung einen fachlichen Vorschlag, wie man eine Zahl für das nächste Frühjahr festlegen könne. Eventuell wäre ein Topf möglich, um von den fixen Zahlen, den 150 Ausbildungsplätzen, wegzukommen.

Herr Stadtrat Høyem (FDP) erklärt PiA-Plätze seien wichtig.

Frau König (SJB) antwortet auf die Frage von **Frau Stadträtin Melchien (SPD)**, dass die Stadtverwaltung gerne das bisherige Konzept überprüft und optimiert und anschließend ein angepasstes und vereinfachtes Verfahren vorschlägt. Für die Anwärter der PiA-Plätze sei es genauso unbefriedigend wegen der langen Entscheidungszeit. Ferner stellt sie fest, dass die Träger nicht zwingend von der Förderung abhängig seien, um einen zusätzlichen Ausbildungsplatz zur Verfügung zu stellen, dies könnten sie auch ohne Zuschuss tun.

Der Vorsitzende weist drauf hin, dass die 150 vorhandenen Ausbildungsplätze Wirkung zeigen. Mittlerweile sei man fast am Ende des dritten Ausbildungsjahrganges. Dies wirke

dem Fachkräftemangel entgegen. Es bedürfe jedoch noch weiterer Fachkräfte, deshalb müsse man die PiA-Ausbildung nochmals neu überprüfen. Es sei eine gute Idee von **Frau Stadträtin Melchien (SPD)**, dies neu zu überdenken. Zu **Frau Stadträtin Rastätter (GRÜNE)** erklärt er, das Projekt würde nicht leiden, wenn wir es etwas schieben. Hier weist er darauf hin, dass Mannheim als zweitgrößte Stadt Baden-Württembergs lediglich fünf PiA-Plätze habe. Wenn der Kommune wieder mehr Geld zur Verfügung stehe, könne man das Projekt neu auflegen.

Beschluss: Die Verwaltung empfiehlt die Ablehnung des Antrags der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion, die Ausbildungsplätze für die praxisintegrierte Erzieher*innenausbildung (PiA) für das Ausbildungsjahr 2020/2021 entsprechend der benötigten Anzahl der vorliegenden Anträge der Träger*innen zu erhöhen.

Eine entsprechende Vorlage mit einem Bericht über die Entwicklung der praxisintegrierten Ausbildung an Kindertagesstätten und Kinderkrippen wird von der Verwaltung für den Jugendhilfeausschuss im Frühjahr 2021 vorbereitet.

Keine Abstimmung, da alle einverstanden sind, im Jugendhilfeausschuss im Frühjahr 2021 den Bericht zu erörtern.

TOP 5: Auswirkungen der Corona-Krise auf die Leistungsangebote der Sozial- und Jugendbehörde: Kindertagesbetreuung

- Vorlage und mündlicher Bericht -

Frau König (SJB) erläutert, dass seit der Corona-Krise Elternbeiträge ausgeglichen werden, pro Woche rund 40.000 Euro.

Frau Stadträtin Melchien (SPD) möchte den Antrag inhaltlich aufrecht erhalten, auch wenn es in gewisser Weise „Jammern auf hohem Niveau“ sei. Für die Eltern gebe es keine wirkliche Wahlfreiheit für einen Kinderbetreuungsplatz, sondern man sei einfach froh, wenn man wohnortnah einen Kitaplatz findet, egal wie teuer dieser sei. Im Falle der corona-bedingten Schließung bekämen diese dann aber nur den Anteil der kommunalen Beiträge erstattet. Sie ist der Meinung, dass wenn nicht betreut werde, man auch keine Beiträge fordern könne. Es gebe eine große Zahl an Trägern. Ihrer Meinung nach wäre es richtig gewesen, das Geld in die Hand zu nehmen und vollumfänglich zu erstatten. Sie fragt an, ob sich Träger gemeldet hätten, welche durch diese Regelung in Bedrängnis gekommen seien.

Herr Stadtrat Bauer (GRÜNE) bekundet Verständnis sowie Sympathie für den Antrag. Jedoch seien aktuell nicht genug finanzielle Mittel für eine vollumfängliche Erstattung vorhanden. Der erste Ärger der Eltern sei bereits abgeschwächt. Es sei „Motzen auf hohem Niveau“ bei den Elternbeiträgen. Sollte es nochmal zu Schließungen kommen, dann wäre eine tagesgenaue Abrechnung wichtig. Wenn Träger in Bedrängnis kämen, wäre ein Not-
hilfefonds nötig, wie dies von seiner Fraktion beantragt wurde. Seine Fraktion lehne die vollumfängliche Erstattung ab.

Herr Stadtrat Müller (CDU) meint, so nett der Antrag auf den ersten Blick auch sei, würde er trotzdem den Brückenschlag zu **Herrn Stadtrat Bauer (GRÜNE)** machen.

Herr Stadtrat Schnell (AfD) möchte wissen, wie die Kinderbetreuungsplätze ausgelastet seien.

Herr Stadtrat Høyem (FDP) schließt sich der Meinung von **Frau Stadträtin Melchien (SPD)** an. Er reagiere jedoch allergisch auf die Formulierung „starke Schulter“. Für ihn seien „starke Schultern“ Menschen wie Bill Gates. Hier gehe es jedoch um ganz „normale“ Familien wie von Polizisten.

Herr Stadtrat Kalmbach (FW/FÜR) fragt sich, was gerecht sei, dies sei sehr schwierig zu lösen. Er stimme **Herrn Stadtrat Bauer (GRÜNE)** zu, wenn ein Träger wirklich krankt, müsse man ihm als Kommune beistehen. Die Frage sei jedoch, gibt es wirklich krankende Träger?

Herr Koch (GKK) wirft ein, bei zukünftigen Schließungen solle gehandelt werden. Diese Situation habe man schon, da einzelne Gruppen beispielsweise wegen Quarantäne schließen müssten. Die Eltern sollten wissen, wie damit umzugehen sei.

Herr Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.) plädiert dafür, die „Kirche im Dorf“ zu lassen und keine weltgroßen Themen zu diskutieren. Seine Fraktion habe Sympathie für den Antrag der SPD.

Frau Sinner (Paritätische) schlägt vor, am Ende des Jahres bei den Trägern anzufragen, wie hoch das Defizit tatsächlich sei. Manche Hochrechnungen gehen von 10.000 Euro Defizit aus. Das sei viel für einen Träger. Die Eltern würden jetzt schon anfragen, wie es mit den Erstattungen aussehe. Es werde sicher noch eine ganze Weile mit Einschränkungen im Kita-Betrieb zu rechnen sein. Der Pandemiebetrieb müsse für die Eltern übersichtlicher sein.

Herr Stadtrat Bauer (GRÜNE) stellt fest, dass die Kita-Beiträge ganzjährige Kosten der Eltern seien, auch ohne Corona. Wenn Eltern ihren Arbeitsplatz verloren haben, werden sie durch Beitragsbefreiung aufgrund ihrer wirtschaftlichen Situation aufgefangen.

Frau König (SJB) stimmt zu, dass es eine Ungerechtigkeit in den Beiträgen geben mag, aber diese bestehe dauerhaft, nicht erst seit Corona. Es werde mit Hochdruck an einer neuen Finanzierungssystematik unter Pandemiebedingungen gearbeitet. Derzeit sei man mit allen Trägern im Gespräch. Sie hätten diese Gespräche angeboten und teils schon geführt. Die Beitragsangleichung müsse angestrebt werden. In den Gesprächen wurde auch von De-fiziten gesprochen, jedoch habe kein Träger von einer verschärften Situation oder einer Notlage gesprochen. Es seien sehr unterschiedliche Situationen, und es gebe eine große Vielfalt im Umgang mit Defiziten. Manche Träger stemmen diese aus Rücklagen, andere können diese über Spenden kompensieren. Zur Nachfrage von **Herrn Stadtrat Schnell (AfD)** bezüglich der Auslastung gibt sie Auskunft, dass in der Regel voll belegt werde, sofern dies personell möglich sei. Aktuell sei möglicherweise nicht in jedem Kindergarten eine nahezu volle Auslastung gegeben, da das Kindergartenjahr erst im September angefangen habe und derzeit noch die Eingewöhnungsphase laufen könne. Die Auslastung liege deutschlandweit bei etwa 80 Prozent. Karlsruhe weist ähnliche Zahlen zwischen 80 und 90 Prozent auf, abhängig vom Stand der Eingewöhnung.

Frau Stadträtin Rastätter (GRÜNE) sieht den nächsten Schritt in einer Evaluation, sobald diese durchgeführt werden könne.

Der Vorsitzende betont, die Stadt werde Trägern, die wirklich in Not geraten, helfen, aber differenziert und bedarfsgerecht. Bei den Sportvereinen sei es so, dass diese bisher noch keine städtischen Mittel in Anspruch genommen hätten. Dort werde viel über die herrschende Solidarität geregelt. Die Träger in Karlsruhe werden stark gefördert, nun müsse es aufgrund der besonderen Herausforderung auch erlaubt sein, Lasten zu teilen.

Beschluss: Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag der SPD-Gemeinderatsfraktion, die Kita-Beiträge und die Elternbeiträge für die Betreuung von Grundschulkindern der freien Träger in der Schließzeit laut Corona-Verordnung vom 17. März bis zum 15. Juni 2020 nicht bis zur Höhe des kommunalen Satzes, sondern vollumfänglich zu erstatten, abzulehnen.

Eine Abstimmung zum TOP 5 erfolgt nicht.

TOP 6: Notfallhilfe für private Träger*innen von Kitas einrichten
- Vorlage und mündlicher Bericht -

Frau König (SJB) erläutert, dass es Träger mit Defiziten gebe, was daran liege, dass nur bis zum städtischen Beitragsniveau gefördert werde.

Herr Stadtrat Bauer (GRÜNE) stellt fest, es bedürfe keines Aktionismus, sondern man müsse Eltern und Träger anschauen sowie passgenau Hilfe leisten. Bisher sei noch kein Träger in finanzielle Notlage geraten. Das ist gut. Er stellt die Frage in den Raum, was denn genau passieren würde, wenn ein freier Träger in wirtschaftliche Notlage käme. Der Not-
hilfefonds wäre gar nicht nötig, wenn klar wäre, dass den betroffenen Einrichtungen auf jeden Fall geholfen werden würde. Vielleicht sei heute kein guter Zeitpunkt um diesen Punkt abzustimmen, da sich die tatsächlichen Auswirkungen erst zu Beginn des nächsten Jahres zeigen werden. Daher empfiehlt er den TOP heute nicht zur Abstimmung zu bringen, sondern ebenfalls erst im Frühjahr 2021.

Frau Langeneckert (Dir. SJB) erklärt, wenn ein Träger an die Grenze der Notlage komme, dann müsse die Verwaltung das prüfen und gegebenenfalls im Gremium beraten. Sie hält es ebenfalls für eine gute Idee, über den Antrag im Frühjahr abzustimmen.

Beschluss: Die Verwaltung sieht derzeit keinen Anlass zur Einrichtung eines Nothilfefonds.

Der Vorsitzende hält fest, dass dieser TOP nochmals in 2021 aufgenommen werde und lässt daher nicht abstimmen.

TOP 7: Weiterentwicklung der Suchtprävention
- Vorlage und mündlicher Bericht -

Frau Kowaschik (SJB) freut sich, dass sie die Weiterentwicklung der Suchtprävention vorstellen kann, nachdem die Berichterstattung im März ja corona-bedingt verschoben

werden musste. Sie stellt die Suchtprävention als eine der vier Säulen der nationalen Strategie der Drogen- und Suchtpolitik dar. Karlsruhe sei gerade im Bereich der Überlebenshilfe mit den Angeboten „Kontaktladen, Drogenkonsumraum, alkoholakzeptierender Aufenthaltsraum“ sehr gut und fortschrittlich aufgestellt. Auch in der Prävention sei man seit vielen Jahren aktiv, entwickle die Konzepte weiter und passe diese den aktuellen Herausforderungen an. Für eine gute sowie vollumfängliche Arbeit im Bereich Suchtprävention wäre zusätzliches Personal notwendig. Gerade in schwierigen Zeiten, wie derzeit, ist Suchtprävention wichtiger denn je. Da derzeit die Stellenschaffung bei der Stadt Karlsruhe ausgesetzt ist, soll das Konzept inklusive Personalbedarf zu einem späteren Zeitpunkt erneut vorgestellt werden.

Frau Stadträtin Rastätter (GRÜNE) dankt für das Konzept und fragt, ob beispielsweise in Schulen durch Werkverträge Fachleute ins Boot geholt werden könnten. Ferner möchte sie wissen, ob alle Schulen erreicht werden und für welches Alter die Suchtprävention angesetzt sei. Nach ihrer Meinung könne die Stellenfrage dann gerne nochmal bei der nächsten Runde aufgenommen werden.

Herr Melchien (stja) betont die Wichtigkeit der Suchtprävention gerade in außergewöhnlichen Situationen. Es ziehe höhere Kosten nach sich, wenn nichts gemacht werde. Eine bedarfsgerechte Personalausstattung sei daher sehr wichtig.

Herr Stadtrat Høyem (FDP) ist der Meinung, dass es an allen Schulen Suchtprobleme gibt. Daher sei Suchtprävention sehr wichtig.

Frau Kowaschik (SJB) erläutert zu der Anregung, mit Werkverträgen zu arbeiten, dass es mit pädagogisch geschulten Honorarkräften schwierig sei, da diese häufig nur zeitlich befristet zur Verfügung stehen, beispielsweise Studierende, die mitunter wegziehen oder in einen Vollzeitberuf wechseln. Aktuell gebe es mehr Anfragen von Schulen, als man derzeit bedienen könne. Es gebe Versuche mit verschiedenen Projekten, beispielsweise das Pilotprojekt „Sucht in kleinen Dosen“. Ein Stellenausbau sei nötig, denn es fallen andere Projekte oder Anfragen unter den Tisch. Der Aussage von **Herrn Stadtrat Høyem (FDP)** stimme sie zu, es gibt keine problemlose Schule.

Herr Stadtrat Schnell (AfD) stimmt **Herrn Melchien (stja)** mit den Folgekosten zu. Daher sollte eine neue Stelle geschaffen werden, um hohe Folgekosten zu vermeiden.

Herr Stadtrat Kalmbach (FW/FÜR) stellt fest, Sucht sei eine vielschichtige Sache. Die Mitarbeit der Familien, Schulen sowie Eltern müsse mehr eingefordert werden. Es ist gut, dass etwas gemacht werde, jedoch sei die Problematik wesentlich komplexer.

Frau Sailer (SJB) stimmt **Herrn Stadtrat Kalmbach (FW/FÜR)** zu. Sie stellt klar, dass aber noch viel mehr als diese Suchtprävention gemacht werde. Prävention allgemein sei viel breiter aufgestellt. Es wäre zeitgemäß, mehr zu machen, jedoch in harten Zeiten werde immer zuerst an der Prävention gespart. Man werde dran bleiben und es im Blick behalten.

Frau Langeneckert (SJB) ergänzt, dass eine Gesamtpersonalplanung der SJB in Arbeit sei, bei der auch das Thema Suchtprävention zu berücksichtigen sei. Allerdings gebe es auch einen hohen Personalbedarf in gesetzlich verpflichtenden Bereichen. Prävention habe aber eine sehr hohe Bedeutung.

Der Vorsitzende merkt an, dass eine gute Prävention Folgekosten vermeide. Die Standards in Karlsruhe seien, auch im Vergleich zu anderen Städten, relativ hoch. Man müsse nicht unmittelbar eine Stelle für Suchtprävention schaffen, aber es dürfe auch nicht auf die lange Bank geschoben werden.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss nimmt das Konzept zur Weiterentwicklung der Suchtprävention in Karlsruhe zur Kenntnis.

TOP 8: Aufnahme eines neuen Kita-Projektes in die Bedarfsplanung

- Vorlage und mündlicher Bericht -

Der Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung abgesetzt, der Beschluss wird nachgeholt.

**TOP 9: Sprachbildung in Karlsruher Kindertagesstätten
hier: Änderung der „Förderrichtlinie für Sprachbildung in
Kindertageseinrichtungen in Karlsruhe“**

- Vorlage und mündlicher Bericht -

Herr Metz (SJB) skizziert den erheblichen Einfluss sprachlicher Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen auf den Bildungserfolg sowie den späteren Übergang ins Erwerbsleben. Dies gelte besonders für Kinder aus bildungsbenachteiligten Familien und Familien mit Migrationshintergrund. Es gebe verschiedene Programme wie das Bundesprogramm „Sprach-Kitas“, welches vorbehaltlich des Haushaltsbeschlusses vom Bund zum 1. Januar 2021 für zwei weitere Jahre verlängert werde. In Karlsruhe nehmen aktuell 43 Kindertageseinrichtungen an diesem Programm teil. Durch eine Verlängerung könne die dezidierte Sprachbildung und -förderung nicht nur fortgesetzt sondern auch vertieft werden. Analog zum Bundesprogramm ist das städtische Sprachbildungsprogramm ebenfalls bis zum 31. Dezember 2020 befristet. Die Verwaltung empfehle daher, die Förderrichtlinien für Sprachbildung in Kitas in Karlsruhe neu zu beschließen, damit die städtisch geförderten Kindertageseinrichtungen, welche die Voraussetzungen für das Bundesprogramm nicht erfüllen, ihre wertvolle sprachpädagogische Arbeit fortsetzen können.

Frau Stadträtin Melchien (SPD) hebt hervor, dass die Stadt Karlsruhe hier Vorreiter war. Man müsse wachsam sein, wenn der Bund keine Weiterförderung auflegen werde.

Frau Stadträtin Rastätter (GRÜNE) geht hier gerne mit. Es sei jedoch wichtig, im Laufe der nächsten zwei Jahre zu schauen, ob auch tatsächlich die Kinder und Jugendlichen mit hohem Bedarf gefördert werden, um die Startchancen derer zu erhöhen, die nicht von zu Hause aus gefördert werden.

Herr Stadtrat Høyem (FDP) hält dieses Thema für sehr wichtig. Jedoch sei es auch wichtig, die Kinder zu fördern, die keinen Migrationshintergrund haben. Logopädie spiele ebenfalls eine große Rolle, der medizinische Aspekt sollte nicht außen vor gelassen werden.

Herr Stadtrat Schnell (AfD) ist der Meinung Evaluation sei hier wichtig, auch wenn man das nicht anhand eines Kindes verfolgen könne. Im Hinblick auf die Logopädie stelle sich die Frage, ob eine Beteiligung der Krankenkassen möglich wäre.

Herr Metz (SJB) berichtet, dass die Verwaltung bereits die Arbeit an einem Folgekonzept begonnen hatte, als aus Berlin die Information kam, es sei eine Weiterbewilligung geplant. Das Bundesprogramm habe sich bewährt, für die Träger sei klar gewesen, dass es auf Grund der guten Akzeptanz weitergehen solle. Die Träger melden jedoch auch zurück, dass nicht alles vom Bundesprogramm gut sei. Die Verwaltung sei bestrebt, ein Konzept für alle Kitas zu erarbeiten. Die Träger könnten aktuell über den Trägerverband noch bis zum 18. November 2020 im Nachgangverfahren die Programmaufnahme beantragen. Es gibt in Baden-Württemberg derzeit noch 57 Plätze, eventuell könnten noch 2 Träger aus Karlsruhe aufgenommen werden. Zum Thema Logopädie sei zu sagen, dass Kitas den logopädischen Bedarf nicht abdecken können. Die Erzieherinnen und Erzieher seien nicht entsprechend ausgebildet. Evaluation finde bereits statt. Es sei jedoch sehr schwierig, da keine Vergleichsgruppe vorhanden sei. Auf dem Ergebnis der Evaluation werde das Konzept aufgebaut.

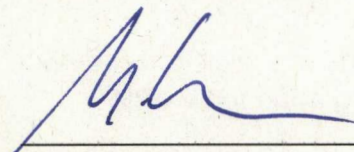
Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Gemeinderat einstimmig, die neu gefasste „Förderrichtlinie für Sprachbildung in Kindertageseinrichtungen in Karlsruhe“ gemäß der beigefügten Anlage zu beschließen.

Der Vorsitzende stellt die Nichtöffentlichkeit her.

Dem öffentlichen Teil der Sitzung folgt ein nicht öffentlicher Teil.

Karlsruhe, den 12. November 2020

gesehen und genehmigt:



Martin Lenz
Bürgermeister



25.1.21



Carmen Edler
Schriftführerin